

R.I.P. Sozialpartnerschaft

Die Sozialpartnerschaft ist endgültig tot. Vor dem Hintergrund sich ankündigender Krisen fahren Unternehmen und Regierung rollende Angriffe auf Arbeiter*innenrechte. Höchste Zeit für die Gewerkschaften, aufzuwachen und den Klassenkampf von oben mit Klassenkampf von unten zu beantworten. Dazu braucht es Selbstorganisation an der Basis!

Seite 2

Arabischer Frühling 2.0

Algerien: Der diktatorische Präsident Bouteflika wurde durch die Massenbewegung gestürzt – doch das FLN-Regime versucht, sich weiter zu halten. CWI-Aktivist*innen aus der Region berichten und schlagen ein sozialistisches Programm für die Bewegung vor. Denn aus 2011 lernen heißt, das ganze System zu stürzen und nicht nur seine Führungsfiguren auszutauschen.

Seite 12

Schwerpunkt

EU-Wahlen: „Pro-europäischer“ Neoliberalismus und reaktionärer Nationalismus sind Scheinalternativen. Statt zahlloser Reformversuche: Kämpfen für ein sozialistisches Europa!

Seiten 7–10



VORWÄRTS

SLP
Sozialistische Linkspartei

Normalpreis € 1,-
Solipreis € 2,-

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 277 | 05.19

Kampf gegen Armut und Hungerlöhne!

Kürzung der Mindestsicherung (BMS) und neue „Sozialhilfe“. Abschaffung der Notstandshilfe. Lohnkürzung für Asylwerbende auf 1,50€. Angriffe auf Gewerkschaften und Arbeiterkammer. All diese Schritte der schwarzblauen Regierung gehen in dieselbe Richtung: Ihr Ziel ist ein neuer, gigantischer Niedriglohnsektor voller Arbeitskräfte, die entrechtet und mit einem Fuß in der Armut sind – und damit leicht zu erpressen sind. Das alles soll die Profite der Unternehmen und Reichen er-



sektor gestoßen werden soll: Migrant*innen, die es ohnehin schwerer haben, sich dagegen zu wehren. Gelingt der Regierung das, wird sich der Hungerlohnsektor rasch ausbreiten und auch diejenigen erfassen, die sich jetzt noch in Sicherheit wiegen. Denn die Angriffe auf Gewerkschaften, AK und Kollektivverträge sollen auch die in die Abwärts Spirale werfen, die heute noch mit ihrem Einkommen auskommen.

Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand aller Betroffenen und der Gewerkschaften, jetzt sofort.

Sebastian Kugler

Regierung greift Mindestsicherung und Gewerkschaften an und will Hungerlohnsektor schaffen!

höhen, auf deren Gehaltsliste Kurz, Strache & Co stehen.

Zwei Drittel der BMS-Bezieher*innen sind „Aufstocker“. Sie sind arm trotz Arbeit und bekommen nur den Betrag dazu, der auf die Höhe der BMS

fehlt. Die Kürzung der BMS soll sie dazu zwingen, jeden noch so schlecht bezahlten Job anzunehmen. Die Abschaffung der Notstandshilfe soll sie dazu zwingen, dies auch noch möglichst schnell zu tun. Nun will die Regierung im Rahmen der Umwandlung

der BMS zur neuen „Sozialhilfe“ auch noch private Spenden, Heiz- und Wohnbeihilfen vom Bezug abziehen – auch so soll der Druck erhöht werden. Die Regierung will Hartz IV in Österreich – ein System, das in Deutschland zu Massenverarmung und

einem Hungerlohnsektor mit zahllosen 1-Euro-Jobs geführt hat. Die skandalöse Lohnkürzung für Asylwerbende, die sowieso nur in Ausnahmefällen arbeiten dürfen, macht es ihnen noch schwerer, sich hier ein Leben aufzubauen. In Kombination mit der rassistischen Verschärfung, dass für den Bezug der vollen BMS oder Sozialhilfe gute Deutschkenntnisse erforderlich sind, zeigt das, wer als erster in den neuen Hungerlohn-

Die SLP fordert:

- Mobilisierungen in Betrieben und Straßen gegen die Regierung, getragen von Gewerkschaften und Betroffenen.
- Demokratische Strukturen, um den Widerstand zu organisieren und eine sozialistische politische Alternative aufzubauen.



von Sonja Grusch Bei den EU-Wahlen geht es einem wie manchmal beim Einkaufen: das Regal ist zwar voll – aber das, was man wirklich will, gibt es nicht. So ist es auch am 26. Mai, wenn wir mal wieder unser Kreuz machen dürfen. Das Angebot ist alles andere als zufriedenstellend. Die meisten Parteien sind unwählbar, weil verantwortlich für Kürzungspolitik und Rassismus. Daran ändern schönformulierte Wahlprogramme und wohlklingende Aussagen auch nichts. „An ihren Taten sollst du sie messen“ heißt es zurecht. Doch es tritt auch KPÖ+ an. Wieder. Und wie schon bei früheren ähnlichen Projekten der KPÖ führt auch dieses nicht zu Begeisterung. Absolut verständlich, wenn Linke in Ermangelung einer wirklich attraktiven Alternative KPÖ+ wählen. Ändern wird das leider wenig. Denn wieder ist es ein Top-Down Projekt, wel-

Nix neu in diesem Mai?

ches zwar versucht, an existierende Bewegungen anzudocken, aber nicht Teil davon ist. Wir haben keine Glaskugel, die uns die Zukunft voraussagt. Doch dass auch dieses x-te Projekt der KPÖ keinen großen Erfolg haben wird, ist absehbar. Widerstand entsteht nicht durch Wahlen oder Kandidaturen. Ein gutes Abschneiden widerständischer Listen ist Ausdruck für eine Stimmung und Bewegungen, in denen die Kandidat*innen aktiver Teil sind. Entsprechend werden Veränderungen auch nicht erreicht, indem man nur die linkeste Liste ankreuzt – sondern v.a. indem man selbst was tut. Auch wenn der/die Leser*in dieser Zeilen die Aufgabe gerne delegieren würde: leider, so funktioniert es nicht. Die SLP ist aktiv gegen die Kürzung der Mindestsicherung und den 12-Stunden-Tag. Wir sind Teil der Bewegung gegen die Klimakrise und gegen Rassismus. Wir setzen uns für Frauenrechte ein und für eine Gesellschaft, in der nicht Profite alles regieren. Die SLP kann man diesmal zwar nicht wählen – aber man kann jetzt mit uns aktiv werden. Gemeinsam kämpfen – statt sich alleine ärgern.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien. | Druck: digiDruck.at, 1100 Wien, Herstellungs- und Verlagsort: Wien, | DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W9U Abo-Zahlungen & Spenden: IBAN: AT 256000000000 8812733 | BIC: OPSKATWW



Der Tod der Sozialpartner

Die schwarz-blaue Regierung hat die Angriffe auf Rechte der Arbeitnehmer*innen ihrer rot-schwarzen Vor-

aufgekündigt. Sie war ein institutionalisierter Kompromiss, der in der Vergangenheit einigen Teilen der Arbeiter*innenklasse

neue Krisen zeichnen sich ab. Mit dem Rückenwind von FPÖVP gibt es für das Kapital keinen Grund mehr, in diese „Partnerschaft“ zu investieren. Im Gegenteil: sie wollen sich „krisenfest“ machen, indem sie uns effektiver ausbeuten, z.B. durch den 12-Stundentag. Jahrzehntelange sozialpartnerschaftliche Stellvertreterpolitik rächt sich nun: Es fehlt an Erfahrung, wie an der Basis gegen die Angriffe der Bosse gekämpft werden kann. Wir brauchen dringend einen radikalen Kurswechsel: Nur mit gut organisierten Arbeitskämpfen im Rücken können heute noch akzeptable Ergebnisse am Verhandlungstisch erzielt werden.

Martina Gergits

Die Krise des Kapitalismus beerdigt die Sozialpartnerschaft endgültig – Zeit, dass der ÖGB aufwacht!

gängerinnen nun massiv verstärkt. Da passt es nur ins Bild, dass der blaue Abgeordnete Zauer Betriebsrät*innen als „Beidl“ bezeichnet. IV und WKO diktieren, Schwarz-Blau setzt um. Die Gewerkschaftsführung will nach wie vor an der Sozialpartnerschaft festhalten. Doch diese wurde längst von Seiten der Unternehmer*innen

Verbesserungen gebracht hat. Das aber nur, weil die Unternehmen Angst vor der Stärke der Arbeiter*innenbewegung hatten. Dazu war im Nachkriegsaufschwung der Kuchen groß genug, um uns ein paar Krümel mehr zu geben – wenn wir dafür nicht aufmucken. Heute bremsst sich das ohnehin schwache Wirtschaftswachstum ein und

Warum hängt der ÖGB so an der Sozialpartnerschaft?

Es war nie das Ziel der ÖGB-Spitze, den Kapitalismus zu überwinden, sondern die Wirtschaft so anzukurbeln, dass der Profit auch an die Beschäftigten verteilt wird. Sie sieht sich als „Vermittlerin“ zwischen Arbeiter*innen und Unternehmer*innen. Hier ist der Denkfehler klar erkennbar: Das Kapital strebt nach Profitmaximierung, steigende Gehälter stehen hier nur im Weg. Die Sozialpartnerschaft ist für die Gewerkschaftsführung zur

Ideologie geworden. Auch ihre hochbezahlten Posten hängen daran. Die Gewerkschaftsbürokratie hat damit ein eigenes Interesse daran, an der Sozialpartnerschaft festzuhalten. Sie nimmt Verschlechterungen in Kauf, um den Mythos des sozialen Friedens aufrechtzuerhalten. Daraus ergibt sich die Bereitschaft für schlechte Abschlüsse bei den Kollektivvertragsverhandlungen, Nulllohnrouden und fehlende Kampfmaßnahmen.



Wie sähe kämpferische Gewerkschaftspolitik aus?

Eine kämpferische Gewerkschaft darf ihrer Führung nicht erlauben, es sich dank fürstlicher Gehälter und allerlei Privilegien in diesem System so gemütlich zu machen, wie es die Reichen tun. Also: Weg mit allen Privilegien. Arbeiter*innenlohn für Funktionär*innen und jederzeitige Abwählbarkeit der Verantwortlichen. Eine neue, kämpferische Kultur muss vor allem durch Organisation in den Betrieben er-

reicht werden. An der Charité in Berlin, einem der größten Krankenhäuser Europas, schlossen sich Kolleg*innen zusammen, bildeten eine kämpferische Betriebsgruppe und erreichten durch Streiks und öffentliche Aktionen einen Stundenlohn von 11 Euro für alle. Inzwischen hat sich sogar ein bundesweites Netzwerk kämpferischer Basisinitiativen im Gesundheitswesen Deutschlands gegründet. So kanns gehen!



Würdevolle Pflege ist unser Recht

Seit Monaten bereits berichten die Medien über den Notstand im Angebot der Pflege. Die Menschen werden immer älter, auch

tigkeit von Angehörigen konfrontiert. (Private) Pflegeheime können sich ihre Bewohner*innen vor dem Hintergrund des ge-

die eigene Pflegebedürftigkeit werkeln. Stichwort Burnout: Der Betreuungsschlüssel bei mobilen Diensten (Hauskranken-

beiten, dafür aber mit Urkunde vom Landeshauptmann?), wie versprochen, werden bestenfalls halberzig sein. Denn Verständnis und Dankbarkeit für Pfleger*innen durch die Betreuten sind längst da – das Problem liegt an der schlechten Bezahlung und der geistig und körperlich anstrengenden Arbeit.

Es wäre Aufgabe der verschiedenen zuständigen Gewerkschaften, die Kolleg*innen gemeinsam zu organisieren und einheitliche Löhne zu erkämpfen. Nur so kann der gewollten Spaltung und der Konkurrenz unter den Beschäftigten ein Riegel vorgeschoben und echte Verbesserungen erkämpft werden.

Moritz Erkl

Problem, Notstand, Disaster? Das Pflegesystem in Österreich tritt Beschäftigte und Betroffene mit Füßen.

in Folge der Arbeitsbedingungen aber auch kränker, und benötigen mehr Pflege. Dies ist kein neues Phänomen. Bereits 2007 kritisierte der Rechnungshof, dass das Pflegegeld maximal 26% der tatsächlichen Pflegekosten abdeckt. 1993–2014 ist durch Nichtabgeltung der Inflation der Wert der einkommensunabhängigen Leistung um 25% gesunken.

Jede vierte Familie ist mit der Pflegebedürft-

ringsten Betreuungsausmaßes, gepaart mit den höchsten Zahlungen oft aussuchen (am besten reiche Selbstzahler*innen, damit man nicht auf die finanzielle, oft willkürliche Bewilligung der Bezirkshauptmannschaften warten muss). An öffentlichen Einrichtungen fehlt es.

So lastet die Pflege oft auf den Schultern der Familie (meist Frauen), die sich bis zum Burnout in

pflege, etc...), aber auch Pflegeheimen ist denkbar schlecht. Wenig verwunderlich gibt es hohe Fluktuation und Überarbeitung der Beschäftigten.

Dass die Bundesregierung einen „Masterplan Pflege“ beschlossen hat, ändert nichts an der Misere. „Attraktivere Anreize“ für pflegende Angehörige (Altersarmut??) und ein Aufpolieren des „Images“ der Pflegekräfte (14h ar-

Schlecht bezahlte Schwerstarbeit

Eine 24h-Betreuung können sich Viele wegen der Kosten und der notwendigen Räumlichkeiten nicht leisten. Auch variiert die Qualität in der Betreuung bei der Vielzahl an Anbieter*innen massiv. Zu Dumpingpreisen werden oft scheinselbstständige Betreuer*innen angestellt, die auf Grund ihrer Isolation in der Wohnung der zu Pflegenden noch mehr Schwierigkeiten haben, sich zu wehren.

Die Höhe der gewährten Pflegestufe und damit des Geldes hängt von einer einmaligen Begutachtung durch Ärzt*innen der Versicherungsanstalten ab. Nicht nur, dass diese als „fachfremde“ Person den Pflegebedarf einschätzen sollen, sie entscheiden über das weitere Schicksal Tausender. Nur mit entsprechend hoher Einstufung werden notwendige Umbauarbeiten, Heilbehelfe oder Pflegeheime finanziert.

Im Sommer 2018 wurde auf Initiative der KPÖ in Graz ein neues Tarifmodell bei den einkommensabhängig zu bezahlenden mobilen Diensten eingeführt. Menschen, die Mindestsicherung beziehen, werden die Kosten erlassen. Die Stadt springt ein. Ein guter erster Schritt, doch eine österreichweite Umsetzung, die mehr Geld für zu Pflegende und Pflegepersonal erkämpft, erfordert organisierten Widerstand.

Die Kolleg*innen der Charité in Berlin haben es vorgemacht: Streik ist auch im Gesundheitsbereich möglich und längst nötig. Durch Einbindung der Patient*innen, Aufklärung der Angehörigen, Organisation der Pflegekräfte und Solidarität durch andere Berufsgruppen können Berge versetzt werden. Und höhere Löhne, ein besserer Betreuungsschlüssel und z.B. mehr Betten für Patient*innen erkämpft werden.

Der rechte Rand

Innenminister Kickl will also Asylwerber*innen für gemeinnützige Arbeit nur noch 1,50/ Stunde zahlen. Dies ist nur das aktuellste Beispiel von FPÖ-Politiker*innen, die unterbezahlte oder gar Zwangsarbeit für an den Rand gedrängte Gruppen fordern. Beispiele hierfür gibt es genug. 2017 fordert Strache, dass Menschen „die nie ins Sozialsystem eingezahlt haben“ Gemeinschaftsdienste verrichten müssten. Inklusiv Kickl sprachen sich allein in den ersten drei Monaten 2019 drei FPÖ-Politiker*innen für Zwangsarbeit aus. Dominik Nepp, Vizebürgermeister von Wien, schlug vor, dass „Problem-schüler*innen“ verpflichtend Arbeiten wie Schneeschaukeln erledigen sollten. Im März meinte Sozialministerin Hartinger-Klein, sie wolle Asylberechtigte „verpflichtend“ einsetzen, „etwa im land- und forstwirtschaftlichen Bereich“. Die ÖVP schweigt dazu nicht nur, sondern trägt solche Forderungen auch aktiv mit und setzt sie um. Im Regierungsprogramm steht, dass es eine „Arbeits- und Teilhabe-Pflicht“ für Bezieher*innen der Mindestsicherung geben soll. In Niederösterreich hat Schwarz-Blau dies bereits umgesetzt.

Wer damals wie heute von Zwangsarbeit profitiert, ist klar: große Unternehmen. Sie freuen sich über die Extraprofite und die Gelegenheit, das Lohnniveau allgemein zu drücken. Es verwundert auch nicht, dass Hartinger-Klein Zwangsarbeit in der Forstwirtschaft fordert, wenn man bedenkt, dass Teile der Holzindustrie traditionell eng mit dem deutschnationalen Lager verbunden sind.

Nicolas Prettnner

Betriebsräte sollten unbequem sein

Um die Interessen und Rechte der Beschäftigten zu vertreten, ist es natürlich angenehm, wenn man rasch und einfacher zu einem guten Deal mit den Chef*innen kommt. Allerdings laufen Vereinbarungen viel zu oft auf einer rein „zwischenmenschlichen“ Ebene und auf faule Kompromisse heraus. Viele Betriebsrät*innen fühlen sich durch die ständigen Aus- und Absprachen mit der Geschäftsführung dieser dann näher als den Kolleg*innen. Das Phänomen „Betriebsratskaiser“ fängt hier an...

Zum Glück haben Betriebsrät*innen mehr Möglichkeiten als nur gute Verhandlungs-Skills und Charme. Über Mobilisierung im Betrieb von Unterschriftenliste über Betriebsversammlung bis hin zu öffentlichen Aktionen und Streiks lässt sich der nötige Druck aufbauen. Alles, was wir an Rechten erkämpft haben, geht auf diese Art Druck zurück. Aber gerade auch linke, kämpferische Betriebsrät*innen berichten, wie schwierig es sein kann, die Kolleg*innen zu aktivieren. Eine Mischung aus Sorge um den Job, vordergründigem Desinteresse und dem Gefühl, „eh nix ausrichten zu können“ lähmt. Das hängt ganz sicher mit der Politik der Gewerkschaften der letzten Jahrzehnte zusammen, die Leute nur zu Dampfabblass-Aktionen zu rufen, Ar-

beitskämpfe extrem undemokratisch zu führen und am Ende keinen Erfolg vorweisen zu können. Sowa stumpft ab. Es gibt sicher kein Patentrezept, wie damit umzugehen wäre, aber Betriebsrät*innen, die bei der SLP organisiert sind, arbeiten auf Basis folgender Prinzipien:

Keine Einzelkämpfe: Ein Betriebsrat darf nicht einfach ein Abnick-Gremium sein, sondern sollte der Kern einer Betriebsgruppe sein, die sich ganzjährig trifft, in der diskutiert wird und die gemeinsam handelt.

Demokratisch: Es ist zwar wichtig, aber es reicht nicht, einfach ein Ohr für die Kolleg*innen zu haben. Auch Betriebsversammlungen dürfen keine Top-Down Veranstaltungen werden, sondern es muss Raum für Debatte und Abstimmungen sein – auch über Verhandlungsergebnisse.

Transparenz: Keine Geheimverhandlungen mit der Geschäftsführung, aber auch nicht mit den Sekretär*innen der Gewerkschaften!

So kann es gelingen, ein Klima unter den Kolleg*innen zu schaffen, das es auch möglich macht, sie aktiv in Kämpfe einzubinden, wenn diese nötig sind. Davon brauchen wir viel mehr!

Tilman Ruster



Aufstand im KAV

Über 400 Pflegende im Wiener Krankenanstaltenverband (KAV) machten bei einer Protestkundgebung ihrem Ärger über

Über 10.000 Unterschriften, Vernetzungstreffen an den Dienststellen, eine Protestaktion von über 100 Beschäftig-

ten. Sie reden bereits über Streiks. Wichtig wird sein, den Kampf demokratisch von unten zu organisieren (über Streikkomitees), möglichst viele Kolleg*innen einzubinden (über einen breiten Forderungskatalog, auch zu Themen wie Arbeitszeit und mehr Personal, der auch nicht unmittelbar Betroffene erreicht) und die Solidarität von Patient*innen bzw. solidarischen Beschäftigten anderer Branchen zu organisieren. Und es muss klar sein, gegen wen gekämpft wird: In Stadtrat und Gewerkschaftsführung steht den Beschäftigten die SPÖ und ihre Kürzungspolitik gegenüber.

Flo Klabacher

Pflegende in Wien kämpfen gegen schlechte Löhne – wo bleibt die Unterstützung der Gewerkschaften?

„ihre“ Gewerkschaft yonion Luft: Sie kämpfen für eine Optimierungsmöglichkeit ins neue Lohnschema – und werden von der Gewerkschaft auf zweifelhafte Nachverhandlungen Ende 2019 vertröstet. Ein großer Teil von jenen, die schon vor dem 1.1.2018 im KAV waren, verliert inzwischen 13.–20.000 Euro.

ten gegen Bürgermeister Ludwig und Stadtrat Hacker – es tut sich viel. Ein erstes Zugeständnis, Lohnerhöhungen im alten Schema, ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein – der Kampf geht weiter. Für den 7. Mai ist eine Demo geplant.

Die Aktivist*innen wissen: Der Druck muss stei-

Kurznachrichten aus Betrieb & Gewerkschaft

+ Gerhard

Nach langen Jahren im Betriebsrat verabschiedet sich SLP-Mitglied Gerhard Ziegler in die Pension. Bei „Bilfinger Shared Services“ war er in einem der größeren Industriebetriebe in Oberösterreich angestellt. Noch in der KV-Runde 2018/19 zeigte er, was branchenübergreifende Solidarität ist: Auf der auch auf seine Initiative organisierten, öffentlichen Streik-Kundgebung beim Metaller*innenstreik berichtete er vom KV-Kon-

flikt im SWÖ. Als dieser dann selber streikte, besuchte er als Betriebsrat eine Einrichtung von ProMente, um seine Solidarität zu zeigen und Vorschläge für gemeinsame Kampfmaßnahmen zu unterbreiten. Schließlich geht es um eine Generaloffensive durch die Regierung der Reichen! Wir wünschen ihm Alles Gute für seine wohlverdiente Pension und freuen uns, weiter mit ihm für eine sozialistische Welt zu kämpfen!

+ Michi

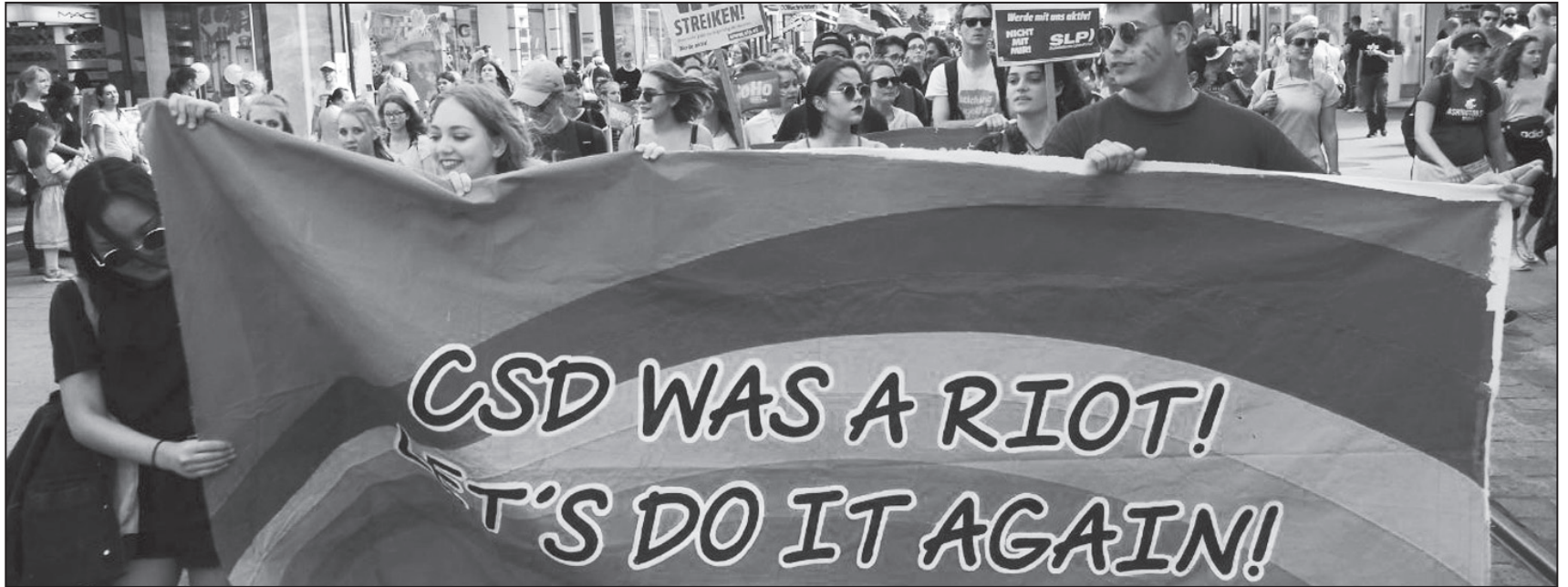
Frisch gewählter Betriebsrat ist SLP-Mitglied Michael Gehmacher als Teil von „Solidarisch Aktiv“. Die Liste stellt seit April die Mehrheit beim „ASB Wien Wohnen und Soziale Dienstleistungen“. Es sind Kolleg*innen, die während der Streiks im SWÖ in den letzten zwei Jahren teilweise gegen den alten Betriebsrat auch öffentliche Aktionen organisiert haben. Die deutliche Mehrheit ist also auch ein Votum für kämpferische Politik!

+ Franz

Auch im Technischen Museum Wien (TMW) wurde versucht, mit „kreativen“ Beschäftigungsverhältnissen die Bedingungen für Beschäftigte zu hintertreiben. Zwei „Werkvertragsnehmer“ wandten sich an den damaligen Betriebsrat Franz Neuhold von der SLP, als ihre Verträge nicht verlängert wurden. Dank der Kampagne, die vor Gericht und mit einer Nachzahlung von 28.800€ an die Kollegen endete, kennen alle TMW-Kolleg*innen jetzt ihre Rechte, um sich zu wehren.

+ Irene

Irene Mötzl ist schon seit Jahren Betriebsrätin beim Wohnservice Wien, einem von der Stadt Wien ausgelagerten Betrieb. Einer der vielen Kämpfe, in denen der Betriebsrat steckt, ist der um den KV. Dazu wartet der Betriebsrat nicht auf die Initiativen der Gewerkschaftsführung, sondern diskutiert mit den Kolleg*innen und versucht aktiv, Betriebsräte aus anderen Bereichen der Branche zu vernetzen und Kampfmaßnahmen vorzubereiten.



LGBTQI+: Party ~~oder~~ und Kampf!

Der Christopher Street Day (CSD), der zentrale Feiertag für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, Queere, Intersex und Menschen

sches Kleingeld entdeckt. Die vollständige Kommerzialisierung zu Party-Paraden geschah im Einklang mit der Beschränkung des

ber aufregt, dass homosexuelle Paare Kinder adoptieren dürfen, wird gleichzeitig bei Kinderbetreuung gekürzt. Es ist auch im Interesse der Chefetagen, dass sich die Beschäftigten untereinander aufgrund von Herkunft, Geschlecht oder sexueller Orientierung runtermachen, anstatt ihren Ärger gemeinsam gegen Ausbeutung und schlechte Arbeitsbedingungen zu richten.

Tatsächlich sind Menschen, die unter Diskriminierung aufgrund ihrer Geschlechtsidentität oder sexuellen Orientierung leiden, oft stärker von Obdachlosigkeit, Problemen bei der Arbeitssuche oder psychischen Belastungen betroffen. Die Kürzungspolitik trifft sie noch härter.

Höchste Zeit also, reine Klientelpolitik und den Rückzug ins Private aufzugeben und das Bündnis mit allen Betroffenen rückschrittlicher Politik zu suchen. Wir müssen gemeinsam für bessere Lebensbedingungen für alle kämpfen – für genügend bezahlbaren Wohnraum, gute Jobs, ausreichend soziale Angebote und gegen jede Diskriminierung – ob Homophobie, Rassismus oder Sexismus.

Gerade weil LGBTQI+ Personen auch ganz „normale“ Kolleg*innen sind, haben die Gewerkschaften die Pflicht, diese auch gegen Diskriminierung zu unterstützen und Solidarität aufzubauen. Inspirierende Beispiele aus verschiedenen Ländern zeigen, wie Ar-

beitskämpfe von der LGBTQI+ Szene unterstützt wurden oder Arbeiter*innen sich mit der LGBTQI+ Bewegung solidarisch erklärten. Beispielsweise haben Bergarbeiter*innen in Polen gemeinsam mit der LGBTQI+ Community gegen die Repression der Regierung, von der sie gleichermaßen betroffen waren, gekämpft.

Letztlich müssen wir das kapitalistische System, in dem sich alles um die Profite und Herrschaft einer kleinen Elite dreht, überwinden, um Spaltung und Unterdrückung zu beenden. Eine sozialistische Gesellschaft würde die Macht in die Hände aller geben und könnte so genug Ressourcen und Freiheiten für jede*n bereitstellen.

Jan Millionig

LGBTQI+ Personen sind ganz anders – und doch auch ganz normal!

mit anderen sexuellen Identitäten (LGBTQI+), feiert am 28. Juni sein 50-jähriges Jubiläum. Der Kampf um Gleichberechtigung begann denkbar militant, als Aufstand gegen Polizeirepression.

Von diesem Geist ist bei den heutigen Regenbogenparaden nicht viel übrig. Unternehmen und bürgerliche Politiker*innen haben die Szene für profitable Geschäfte und politi-

Kampfes für rechtliche Verbesserungen.

Fortschritte wurden erreicht, doch von einem tatsächlich freien Leben für LGBTQI+ Personen sind wir weit entfernt. Gerade in Zeiten der Krise werden alte Rollenbilder und konservative Ideologien wieder hervorgeholt. Damit lenken v.a. rechte Politiker*innen von ihrer unsozialen und neoliberalen Politik ab. Während man sich darü-

Welt retten

Ist der Klimawandel noch zu stoppen – und wenn ja, wie? Geht das auf Basis des Kapitalismus – und wenn nein, wie sonst? Die SLP hat 20 Fragen zusammengetragen, die in der Klimabewegung diskutiert werden, und gibt darauf 20 Antworten aus sozialistischer Perspektive. Im handlichen Format ist die kleine Broschüre inhaltlicher Input und Argumentationshilfe in einem – perfekt für Klimaaktivist*innen, die es ernst meinen!

Köhlmeiers Kapital

In einem „Presse“-Interview überraschte der Schriftsteller Michael Köhlmeier mit Kenntnissen über „Das Kapital“ von Karl Marx – und verteidigte dessen Aktualität: „Wenn mir jemand erklären und beweisen kann, dass der Mehrwert heute nicht mehr dadurch entsteht, dass die Arbeitskraft mehr erzeugt, als sie für ihre eigene Reproduktion benötigt, bin ich das gerne bereit zu glauben“ – er liegt jedoch falsch, wenn er im „Kapital“ nur eine Analyse

erkennt, ohne „einen einzigen agitatorischen Satz“. Analyse, Kritik und Aufruf zur revolutionären Veränderung fallen bei Marx zusammen – so auch im „Kapital“, wo Marx „die Verwandlung des tatsächlich bereits auf gesellschaftlichem Produktionsbetrieb beruhenden kapitalistischen Eigentums in gesellschaftliches“ fordert, und zwar durch „die Expropriation (Enteignung) weniger Usurpatoren durch die Volksmasse“.

Let's talk about Sex, Herr Prof.

Linke Aktivist*innen brachten ans Licht, wie der Verein „Teen Star“ unter dem Deckmantel des Aufklärungsunterrichts an Schulen in OÖ christlich-fundamentalistische Propaganda verbreitet. Die Reaktion der Regierung macht es aber nur schlimmer: Künftig muss die Lehrkraft beim Aufklärungsunterricht im Raum sein. Das heißt: Fundi-Gruppen können weiter an Schu-

len, wenn konservative Lehrkräfte sie reinholen, während fortschrittliche Aufklärungsarbeit dadurch massiv erschwert wird. Denn mit der Lehrkraft im Raum, die sie täglich sieht, benotet und diszipliniert, können Schüler*innen nicht offen über Sexualität reden. Statt Fundis und Anstands-Wauwau braucht es Aufklärungsunterricht auf der Höhe der Zeit durch öffentliche Einrichtungen!

Mit der SLP für ein gesundes Klima

Beim globalen Klimastreik am 15.3. intervenierte die SLP in vier Städten mit dynamischen Demo-Blöcken. Der Klimaprotest am 5. April „Zukunft für Alle – Alle für die Zukunft“ war von uns mitorganisiert. Mit einem eigenen Lautsprecherwagen gaben wir, besonders Schüler*innen, Studierenden und Betriebsrät*innen die Möglichkeit, ihre Erfahrungen und Meinungen zur Klimakrise und die Klimabewegung zu teilen.

Die 17-jährige Schülerin Olivia betonte, dass guter Wille einiger weniger Politiker*innen und Unternehmer*innen nicht ausreichen wird. Stattdessen müssen wir den Kapitalismus abschaffen und durch eine demokratisch organisierte Wirtschaft, in der die Interessen von Menschen und Umwelt zählen, ersetzen. Das passt auch gut zu unserer neuen Broschüre „Ist die Welt noch zu retten? 20 Fragen & Antworten zu Klima und Kapitalismus“, die rechtzeitig für die Demo fertig geworden war.

Unseren Vorschlag für offene, demokratische Strukturen bringen wir in der aktuellen Klimabewegung bei den verschiedenen Events ein: Es ist wichtig, dass Schüler*innen und Studierende ihre eigenen Erfahrungen teilen können, dass sie aktiv an

den wöchentlichen Klimastreiks teilnehmen, diese selbst gestalten und vor allem mitentscheiden können.

Wegen fehlender demokratischer Strukturen wurde bei Fridays for Future im Vorhinein zum Beispiel nicht besprochen und abgestimmt, wer zum Gespräch mit Umweltministerin Köstinger geht und was dort besprochen wird. Es wurde leider auch nicht konsequent eingefordert, das Gespräch öffentlich zu machen oder zumindest aufzuzeichnen. So konnte man nur im Nachhinein die Vereinnahmungsversuche der Regierung zurückweisen.

Macht und Hierarchien sind Teil unserer Gesellschaft. Wir können diese nicht wegdefinieren, sondern uns nur dessen bewusst werden und Mechanismen finden, um trotzdem so demokratisch wie möglich zu entscheiden. Gerade in neuen sozialen Bewegungen ist die Frage – wer entscheidet was – ein unumgängliches Thema. Nicht darüber zu reden, löst die Frage nicht, stattdessen braucht es Transparenz und demokratische Strukturen. Deswegen ist es so wichtig, Gruppen an den verschiedenen Schulen zu gründen und regelmäßige regionale Treffen zu organisieren, um gemeinsam demokratische Entscheidungen treffen zu können.

Phillip Chmel



Widerstand in die Betriebe

Seit Anfang des Jahres gibt es auf die Initiative der SLP auch eine „Sozial, aber nicht blöd“ – Gruppe in Graz. Der schnell wachsende

an den Donnerstagsdemos. SLP-Aktivist*innen waren zentral dabei, als wir in über 40 Einrichtungen des Grazer Sozialbereichs mit Kolleg*innen

Strategien, wie zukünftig höhere Löhne und eine Arbeitszeitverkürzung tatsächlich erkämpft werden können. Die Resonanz war durchwegs

Graz: Beschäftigte im Sozial- und Gesundheitsbereich für kämpferische Gewerkschaftspolitik.

Kreis von Pädagog*innen, Psycholog*innen, Sozialarbeiter*innen und solidarischen Einzelpersonen hat von Beginn an versucht, die diesjährige Streikbewegung im privaten Sozial- und Gesundheitsbereich (SWÖ) von den Betrieben auf die Straße zu bringen.

Wir haben Streikversammlungen besucht und Kundgebungen abgehalten, beteiligten uns mit Redebeiträgen und Flyern

diskutiert und zu unseren Treffen eingeladen haben. Der bisherige Höhepunkt war am 9. April eine Veranstaltung mit Selma Schacht, Betriebsratsvorsitzende bei „Bildung im Mittelpunkt“ (Wien) und selbst im großen Verhandlungsteam zu den Kollektivverträgen des SWÖ.

Gemeinsam diskutierten wir nicht nur über den Ablauf der Verhandlungen, sondern auch

positiv und zeigt den Willen vieler Beschäftigter „endlich etwas zu tun“.

Nur eine starke, kämpferische Interessensvertretung kann das erreichen – hilf uns, diese aufzubauen und komm zu einem unserer Treffen! Melde dich bei: sozialabernichtbloed@gmail.com

Moritz Erkl

Nähere Infos unter slp.at oder auf facebook.com/sozialabernichtbloed/

Salzburg schirmt Idis ab

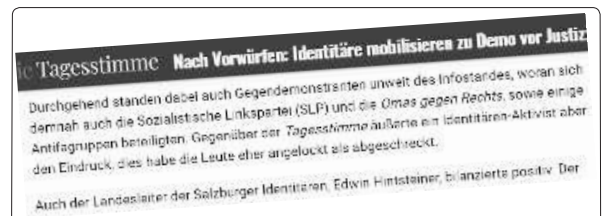


In Salzburg hatten für 30. März die Identitären eine "Patriotische Zone" geplant. Um diese Aktion wortwörtlich abzuschirmen, versammelten sich kurzfristig rund 50 Antifaschist*innen, darunter auch wir von der SLP. Durch das Entsorgen der Flyer hatten die Identitären kaum die Möglichkeit, ihre menschenverachtenden Inhalte zu verbreiten. Die Passant*innen waren ihnen gegenüber meist kritisch. Sie freuten sich

über die antifaschistische Gegenaktion: "Wichtig dass ihr hier seid!". Viele kannten die Neofaschisten auch wegen der Verbindung zum Attentäter von Christchurch. Nach über vier Stunden begannen die Identitären, eine Stunde vor dem gemeldeten Aktionsende aufzuräumen. Da sie aber nicht aufhören werden, ihre Hetze zu verbreiten, ist es wichtig, dass wir weiterhin aktiv sind und werden!

Katka

Andere über uns



Ganz schön peinlich: Da wollten die Identitären in Salzburg ihr Image durch eine Straßenaktion verbessern, doch Dutzende Antifaschist*innen folgten dem Aufruf der SLP und anderer Gruppen, sich ihnen in den Weg zu stellen. Die identitäre Website „Tagesstimme“ erwähnt die SLP als Mitorganisatorin der Aktion und meint, diese habe mehr Leute angezogen als abgeschreckt – Ja, zur Gegendemo angezogen!



EU-Wahlen: „Projekt Europa“ in der Krise

In ganz Europa haben Kampagnen für die Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai längst gestartet. Meinungsumfragen deuten auf ein Ende der „Großen Koalition“ zwischen jenen parlamentarischen Fraktionen hin, die die wichtigsten und traditionellen bürgerlichen sowie bürgerlich-sozialdemokratischen Parteien vertreten. Letztere müssen mehr als besorgt sein. Historische Niederlagen drohen und würden zu Krisen in regierenden Parteien bzw. Regierungen in diversen Ländern führen. Der

Instabilität sowie den Einfluss des russischen Imperialismus in mehreren Ländern und politischen Parteien weiter erhöhen kann. In Verbindung mit dem sich vertiefenden Konflikt zwischen EU und USA beschleunigen sich Krisen-Tendenzen und die Zentrifugalkräfte nehmen zu.

Hintergrund der Krise der EU ist die wirtschaftliche Situation und daraus resultierend die Instabilität der politischen Institutionen und der ohnehin beschränkten bürgerlichen Demokratie. Die Aus-

2018 vorhergesagte Wirtschaftswachstum für 2019 (+1,9%) musste bereits auf 1,3% korrigiert werden. Besonders auffällig ist die schwache Entwicklung großer und bislang relativ stabiler Volkswirtschaften wie Deutschland, für das die OECD ihre Prognose halbieren musste. Auch Frankreich stottert. Noch dramatischer ist der Blick auf Italien, das höchstwahrscheinlich im Laufe des Jahres in eine Rezession schlittern wird. Die Unsicherheiten anlässlich Britanniens und Brexit, die

wusst und fürchten vor allem soziale Proteste und Klassenkämpfe. Hektische Debatten gehen hinter den Kulissen ab: Könnte eine Rezession durch Interventionen verschoben oder abgemildert werden? Gleichzeitig ist man sich bewusst, dass die Ausgangslage schwieriger ist als 2007/08, da sich die Verschuldung erhöht hat.

Angesichts dieses Chaos in einem der global führenden kapitalistischen Blöcke mit vielen eigentlich reichen imperialistischen Industriestaaten vollzieht sich die „Rückkehr“ von aggressivem Nationalismus und anti-demokratischem Säbelrasseln. Dies spiegelt Verschiedenes wider: Den in der latenten Krise zunehmenden Konflikt zwischen Kapital und Arbeit, die – je nach sozialer Klasse sowie Staat – unterschiedlichen bis gegensätzlichen wirtschaftlichen Bedürfnisse, Opposition gegen die EU in einer sich ändernden und instabilen „Weltordnung“ sowie (noch!) die Abwesenheit einer Arbeiter*innen-Bewegung, die eine echte sozialistische Alternative entwickeln könnte.

Wir dürfen uns nicht täuschen lassen: Die Behauptung, die EU wäre als Friedensprojekt und Instru-

ment für soziale Gerechtigkeit und Demokratie geschaffen worden, entspricht nicht der Wahrheit. Sie ist im Kern eine Union der Konzernchefs, der Kriegstreiber*innen und des Sozialabbaus. Es mag absurd erscheinen, aber die rechten bis rechtsextremen „Gegner*innen“ der EU sind nur die andere Seite der Medaille dieses kapitalistischen EU-Projekts. Sie betreiben selbst schamlos Angriffe auf Beschäftigte, soziale Standards und demokratische Errungenschaften. Die einzige Kraft, die tatsächlich in der Lage ist, Europa (und darüber hinaus) in Frieden und Wohlstand für Alle zu vereinen, sind Arbeitnehmer*innen und Jugendliche, die ausnahmslos den größeren Teil der Bevölkerungen ausmachen und jene Werte schaffen, auf denen die Herrschenden und Superreichen, egal welcher politischen Färbung, Tag für Tag herumtrampeln. AfD, Orban, Strache & Co. werden sich nur solange als Alternative zu den EU-Eliten aufspielen können, bis eine mit einem klar anti-kapitalistischen Programm ausgestattete Arbeiter*innen-Bewegung der Entwicklung ihren Stempel aufdrückt.

**Franz Neuhold und
Sonja Grusch**

Unter der oberflächlichen Schlacht zwischen der extremen Rechten und EU-Establishment steckt viel mehr.

wahrscheinlich drohende Aufstieg rechtsextremer und rechtspopulistischer Kräfte erschreckt zurecht viele Menschen, insbesondere Junge.

Die Stärkung der extremen Rechten birgt auch für die herrschenden Klassen in Europa ein gewaltiges Problem. Nicht, weil sie ein grundsätzliches Problem mit rassistischen, sexistischen und anti-demokratischen Positionen hätten. Sondern weil das Ende der „Großen Koalition“ die

wirkungen der Wirtschaftskrise 2007/08 sind nicht überwunden. Der „Aufschwung“ ist bei breiteren Schichten der Gesellschaft und v.a. den Arbeiter*innen nicht angekommen. Der neoliberale Zug hielt nicht an, sondern hat beschleunigt. Der schwache Aufschwung kommt an sein Ende und bringt die herrschenden Klassen in eine zunehmend schwierige Lage.

Das von der EU-Kommission noch im Herbst

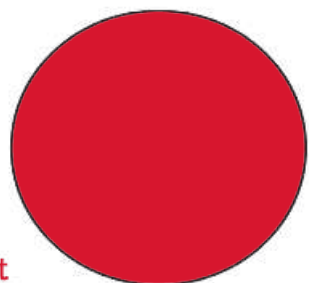
weitreichende Auswirkungen auf EU und Euro haben können, machen die herrschenden Klassen am ganzen Kontinent nervös. In Umfragen sind die Werte für Stimmung und Perspektiven verschiedener Kapital-Fraktionen für die Zukunft erstmals seit 2014 wieder negativ.

Aber die ernsthafteren Vertreter*innen des Kapitals wissen, dass ihnen für Wahlzuckerl das Geld fehlt. Sie sind sich der wachsenden Wut be-

EU-Budget 2018: Die Solidarität der Reichen

0,03 Prozent

des EU-Budgets
gehen an den
European Solidarity Fund
(Katastrophenhilfe)



50 Prozent
des EU-Budgets

erhalten Unternehmen & Reiche
unter Deckmantel von "Wettbewerbsfähigkeit"
und "Wachstum"

Quelle:
Europäische Kommission (http://ec.europa.eu/budget/graphs/annual_life_cycle.html)

EU vs. unsere Interessen

- **Die Lohnquote** (Anteil der Löhne & Gehälter am gesamtwirtschaftlich erzielten Einkommen) erlebt in der Ära von Maastricht-Kriterien und EU-Erweiterung eine drastische Talfahrt, innerhalb von 13 Jahren von 73% auf 63% des Nettoinlandsprodukts. Die zwei Hauptfaktoren laut „Arbeit&Wirtschaft“-Blog: „Beitritt zur wettbewerbsorientierten EU“ und „Finanzmarktliberalisierung“. Die EU forciert maßgeblich das Auseinanderdriften von Arm und Reich. 1996 beschloss sie, „die Lohnskala nach unten zu spreizen“. Das soll „mit einer Senkung der Lohnkosten ... um 20-30%“ geschehen. Es sei „eine entsprechende Kürzung der Lohnersatz- und der Sozialleistungen“ erforderlich.
- **Der Vertrag von Maastricht** (1992) plus alle folgenden Zusätze inkl. Fiskalpakt verankert neoliberale kapitalistische Prinzipien. Sozialabbau, Lohndruck, Präkarisierung, Senkung öffentlicher Ausgaben, Deregulierung und Ausgliederungen/Privatisierungen waren und sind die Folge.
- **„Unsere“ Regierungen** (egal ob SPÖVP oder ÖVPFPÖ) haben ihren Sozial-Kahlschlag immer auch mit der Einhaltung der EU-Vorgaben wie €-Kriterien und Null-
- defizit (Amsterdamer Vertrag) begründet. Aktuell sind dies unter Schwarz-Blau der 12h-Tag, die Kürzung der Mindestsicherung und die Zerschlagung der Sozialversicherungen.
- **Neoliberale** Deregulierung bei öffentlichen Dienstleistungen: Mittels der sogenannten „Bolkestein-Richtlinie“ soll die Dominanz großer Konzerne auf Kosten sozialer und ökologischer Standards sowie der Versorgungssicherheit erzwungen werden.
- **Militarisierung:** Das EU-SSZ/Pesco-Projekt verpflichtet alle Staaten zur Aufrüstung und zur Erhöhung des Militärbudgets auf 2% des BIP. Die „EU-Globalstrategie“ gründet ausdrücklich auf dem Ziel der Durchsetzung „offener Märkte“ und den „Zugang zu natürlichen Rohstoffen“.
- **Außenpolitik:** Während man am Gipfeltreffen mit der Arabischen Liga Verbrechern wie dem ägyptischen Präsidenten al-Sisi (Militärputsch 2013) die Hand schüttelt, pusht die EU in Venezuela den Ultrarechten und selbst-ernannten „Präsidenten“ Guaidó, der sowohl aus Sicht des US- wie des EU-Kapitals den vollen Zugang zu den Erdöl- und Schweröl-Reserven Venezuelas öffnen soll.

Weder EU noch Nationalismus ist die Lösung

Die EU wird mit viel Getöse als Friedensprojekt, als Instrument für soziale Stabilität und Demokratie verkauft. Doch das war sie nie und das ist sie bis heute nicht. Ein zentraler Mythos der EU liegt in der irreführenden Darstellung der Ursachen des 2. Weltkrieges

und Bündnisse, mitunter Exportförderungen sowie Strafzölle bis hin zum offenen Krieg und Massenmord. All dies lässt sich letztlich nicht weg-verhandeln oder durch gemeinsame Festessen beseitigen.

Der Nachkriegsaufschwung ab den 1950ern

zu einen. Deshalb mündet jegliche (klein-)bürgerliche Opposition zur EU in Krisenzeiten zwangsläufig in „Nationalismus“, „Kulturkampf“ und „Abbau der Demokratie“.

Und so sehen wir, dass angesichts von Wahlsiegen antidemokratischer rechtsextremer Organisationen ein Teil der herrschenden Klasse aus Propagandagründen auf die „Verteidigung der Demokratie und Werte“ setzt, während sie gleichzeitig selbst Angriff auf demokratische Rechte reiten. Dieselbe Vorgangsweise sahen wir im Umgang mit Flüchtenden. Der Rechtsruck ist in allen bürgerlichen Parteien wahrzunehmen. Die EU führt zur Spaltung Europas und bringt in Verbindung mit wachsender Armut und kapitalistischer Krise den neuen Rechtsextremismus hervor. Orbans Aussage „Die Epoche der liberalen Demokratie ist zu Ende gegangen“ ist letztlich eine ehrliche Kampfansage als das, was von den (neo)liberalen „Verteidiger*innen der Demokratie“ kommt. Der autoritäre und antisemitische Stil Orbans hindert Unternehmen wie BMW, Daimler, Continental, Bosch, Thyssenkrupp, Schäffler und Siemens nicht im Mindesten, auch in Ungarn zu investieren.

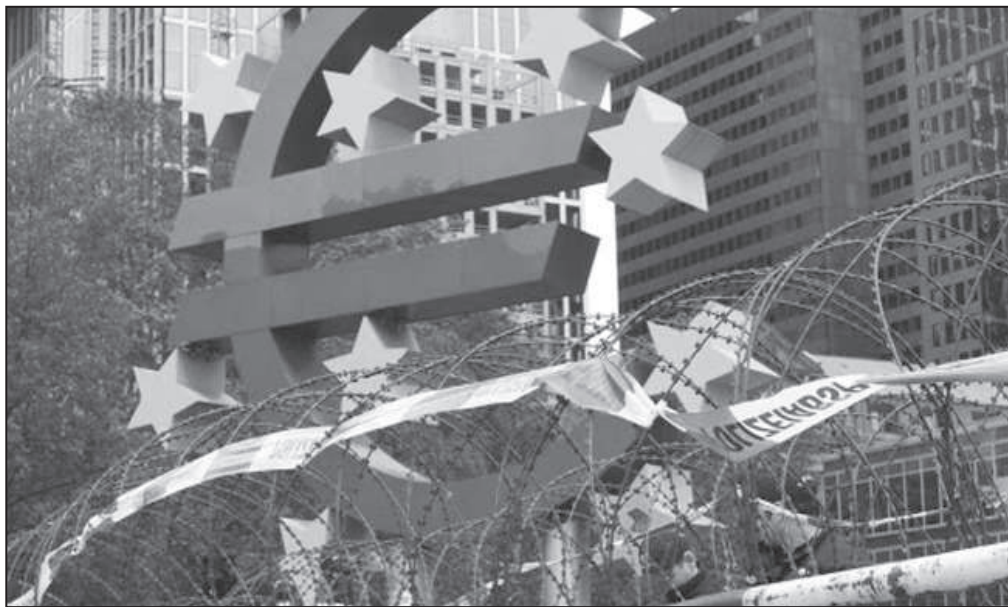
Es muss eine Warnung für Menschen in ganz Europa sein, dass Rechtsaußen-Regierungen Schritte unternommen haben, um den direkten Einfluss auf die Medien zu verstärken

In Aufschwungsphasen glaubten so manche an das Märchen von europäischer Harmonie und Wohlstand.

bzw. der daraus gefolgerten Strategie zur Vermeidung künftiger Kriege. Der Vernichtungsfeldzug des Nazi-Regimes war weder ein Betriebsunfall noch Ergebnis mangelnder Kooperation mit anderen kapitalistischen Staaten.

Damals wie heute befindet sich jeder bedeutende kapitalistische bzw. imperialistische Staat in einem beständigen Kampf um Einfluss, Märkte und Ressourcen sowie in einem unüberbrückbaren Konflikt mit den Interessen der arbeitenden Menschen. Und zwar sowohl in seinem jeweils eigenen Nationalstaat sowie durch globale Arbeitsteilung und Welthandel mit jenen Massen in allen anderen Ländern, inklusive der (Neo-)Kolonien. Eine nationale kapitalistische Klasse kann einerseits durch Verschärfungen in den Ausbeutungsverhältnissen, andererseits im globalen Konkurrenzkampf diverse Manöver ausführen. Im Falle der Außenpolitik sind dies: Diplomatie, Handelsverträge, Direktinvesti-

und auch der Zusammenbruch des Stalinismus vor 30 Jahren ermöglichten eine scheinbar weitreichende europäische Integration. Man konnte als imperialistischer Block handeln und so im Bestfall Vorteile für alle Fraktionen rausholen. Doch die nationalstaatliche Gliederung konnte niemals überwunden werden. Dafür bräuchte es einen tiefgreifenden Umbruch der sozialen Struktur (Revolution). Eine solche kann das Bürgertum nirgendwo auf der Welt mehr liefern, da das Kapital den Nationalstaat benötigt, um seine Interessen zu vertreten. Die Abschaffung der Nationalstaaten geht nur mit der Abschaffung von Kapitalismus und herrschender Klasse und wenn die Kontrolle der Gesellschaft durch die Arbeiter*innenklasse erfolgt. Nur diese hat das Potential, auf Grundlage einer nicht-profit-orientierten, nicht-konkurrenz-basierten und international geplanten Wirtschaft die Gesellschaft über nationalstaatliche Grenzen hinaus



und möglichst vollständige Kontrolle über Justizsystem oder Geheimdienste zu erlangen. Doch ohne die Lage in Ungarn, Österreich oder Polen zu verharmlosen: Antidemokratische Tendenzen gibt es überall, auch und gerade in jenen Ländern, in denen die „klassische“ bürgerliche Gewaltenteilung scheinbar noch halbwegs funktioniert und die extreme Rechte etwas

Tod von Flüchtenden an den Grenzen bzw. im Mittelmeer. Das sollen die „europäischen Werte“ sein, die wir verteidigen sollen?

Der von EU und Troika erzwungene brutale Sparkurs hat unzählige Existenzen in Griechenland ruiniert und tut dies bis heute. Die Schere zwischen Arm und Reich geht überall auseinander. Die Steuerflucht von Konzernen und Super-

Menschen, die solidarisch die Lage zu ändern versuchen. Dieser Gedanke muss auf die europäische Ebene übertragen werden: Länderübergreifende Bewegungen von Beschäftigten gegen „Standortlogik“, für die Angleichung bzw. Anhebung von Mindestlöhnen, Verteidigung arbeitsrechtlicher Standards sowie gegen neoliberale Kürzungen, für eine echte Energiewende (...) würden rasch zeigen, wer auf der anderen Seite der Barrikade steht: EU-Eliten und rechtsextreme „EU-Gegner*innen“ Hand in Hand. Orban ist den kapitalistischen Führungen in anderen Ländern nur insofern voraus, als er sich bewusster vor kommenden Protesten und Kämpfen in eine autoritäre Trutzborg zu bringen sucht. An den grundlegenden Widersprüchen in der Gesellschaft und an den nötigen Aufgaben der wieder aufzubauenden Arbeiter*innen-Bewegung ändert dies nichts.

Der Autoritäts-Verlust des bürgerlichen Establishments muss keineswegs zwangsläufig den Sieg des Rechtsextremismus bedeuten. Auch dieser kann in kurzer Zeit sein Ablaufdatum überschreiten, sobald soziale Proteste mit einem klaren politischen Programm für die Einheit der Arbeiter*innen über nationalstaatliche Grenzen hinweg und für eine echte gesellschaftliche Alternative die Entwicklung prägen werden. Dazu braucht es eine von EU-Schönfärberei UND Nationalismus unabhängige Position.

In der aktuellen Krise legen die nationalstaatlich-bürgerlichen Interessen der EU die Zwangsjacke an.

weniger in Regierungsparteien, Verwaltung, Exekutive und Justizapparat eingebunden ist.

Vergessen wir nicht, dass Frankreich, eine der „Wiegen der Demokratie“, zwei Jahre im Ausnahmezustand war. Demonstrant*innen auf der iberischen Halbinsel, die ihr legitimes Recht auf Selbstbestimmung erfüllt sehen wollen und die Unabhängigkeit Kataloniens fordern, werden vom spanischen Staat unter voller Duldung der EU attackiert und vor Gericht gestellt.

Die EU-Mitgliedstaaten und die EU selbst haben sich an militärischen Konflikten beteiligt und haben maßgeblich Anteil an Waffenhandel sowie der neokolonialen Ausbeutung. Die EU finanziert diktatorische und korrupte Regimes im Norden Afrikas und Nahen Osten. Ihre zynische Politik der „Festung Europa“ verursacht jeden Tag den

reichen erreicht Jahr für Jahr unfassbare Ausmaße.

Unterm Strich bleiben von der EU koordinierter sozialer Kahlschlag und gewerkschaftsfeindliche Maßnahmen.

Ein „soziales Europa“ muss gegen die EU erst erkämpft werden! Denn weder die bürgerlichen Staaten noch die parlamentarische Demokratie – selbst in Bestform – bieten Möglichkeiten, die Ursachen für Armut, sinkende Reallöhne, Rassismus und Frauenunterdrückung nachhaltig aufzuheben. Dazu sind hier wie dort soziale Bewegungen und Kämpfe nötig, die von ihrer gesellschaftlichen Wirkung dem System der bürgerlichen Demokratie haushoch überlegen sind. Statt bloßes „Stimmvieh“ für die eine oder andere Fraktion der Besitzenden zu sein, formen Bewegungen handelnde und denkende



Marx aktuell

Staaten sind nicht naturgegeben. Sie entstanden mit der Aufspaltung der Bevölkerung in verschiedene soziale Gruppen – jene die arbeiten und jene die besitzen. Die „Ordnung“, die sie verteidigen, ist die Ordnung der besitzenden Klassen. Ebenso wie die Gesellschaft, aus der er sich entwickelt, unterliegt der Staat Veränderung. Noch vor wenigen Jahrhunderten war Europa von kleinen Fürstentümern geprägt. Doch mit dem Kapitalismus wuchsen Produktion, Transport, Kommunikation, ja die ganze Gesellschaft, über die engen Grenzen kleiner adeliger Besitztümer hinaus. Die feudalen Staaten des Mittelalters wurde gestürzt und durch kapitalistische Nationalstaaten ersetzt, wie wir sie heute kennen.

Vom Standpunkt der Produktivkräfte ist aber nun auch der Nationalstaat hinfällig. Unsere gesamte Pro-

Unmöglich oder reaktionär

duktion unterliegt einer weltweiten Arbeitsteilung und neue Technologien wie das Internet, umspannen den Globus. Die großen Herausforderungen unserer Zeit, vom Klimawandel bis zu Fluchtbewegungen, können nur international gelöst werden.

Genau das macht – und kann – die EU nicht. Sie koordiniert nur die nationalen Regierungen gegen die Konkurrenz aus China und den USA, sowie gegen soziale Bewegungen der eigenen Bevölkerungen (vgl. Griechenland). Das ist es, was Lenin bereits 1915 meinte, als er schrieb: *„Natürlich sind zeitweilige Abkommen zwischen den Kapitalisten und zwischen den Mächten möglich. In diesem Sinne sind auch die Vereinigten Staaten von Europa möglich als Abkommen der europäischen Kapitalisten“* (Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa, 1915). Die Interessen der nationalen Kapitalbesitzer prägen unverändert die Handlungen der EU-Staaten. Seit der Wirtschaftskrise 2008 verschärft sich die Konkurrenz zwischen ihnen. So drücken die Regierungen des zentraleuropäischen Block unter Führung Deutschlands eine rücksichtslose Währungs- und Finanzpolitik durch, die Randgebiete Europas, wie Italien und Spanien, in den wirtschaftlichen Ruin treibt. Ähnliches bei fast allen Themen von Flüchtlingsaufnahme bis zum Ukraine Konflikt. Diese Konkurrenz der Staaten ist die Weiterführung des Wettbewerbs um maximale Profite in der Wirtschaft.

Der Kapitalismus steckt somit in einem für ihn unauflösbaren Widerspruch: Aus der Notwendigkeit des Kapitalwachstums ergibt sich sowohl eine ständige Tendenz, die in Richtung der Überwindung des Nationalstaats weist, wie auch die Notwendigkeit, trotzdem an ihm festzuhalten. Deswegen, so Lenin weiter, *„sind die Vereinigten Staaten von Europa unter kapitalistischen Verhältnissen entweder unmöglich oder reaktionär.“*

Erst ein sozialistisches System, die Planung der Produktion im Interesse aller, schafft die Voraussetzung, um den Nationalstaat, diese spießige Antiquität, in Europa und weltweit zu überwinden.

Manuel Schwaiger

Zum Weiterlesen

Wladimir Iljitsch Lenin:
Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa

Werke, Band 21

Oder auf www.mlwerke.de



Europa kann nur „von unten“ geeint werden

Die Welt ist seit über 100 Jahren durch Arbeitsteilung und Welthandel miteinander verknüpft. Alle großen Probleme (Armut, Kriege, Klimawandel) können nur international gelöst werden. Europa ist ein Teil davon. Gegen die real existierende EU brauchen wir ein Konzept für die echte Einigung durch Arbeiter*innen über alle Grenzen hinweg. Die Bre-

neren Übels“ (Stimme für SPÖ oder Grüne) entgegensetzen. Diese Pro-EU-Parteien sind maßgeblich für neoliberale Politik und Staatsrassismus mitverantwortlich. Gerade die Sozialdemokratie, welche früher ihre Basis unter Arbeiter*innen hatte, ersetzte eben jene durch das EU-Projekt. Sie wurde zum Werkzeug europäischer Kapital-Fraktionen.

Gerade Unabhängigkeits-Bestrebungen wie in Katalonien und Schottland könnten eine neue europäische Einigung einleiten. Die Unabhängigkeit Kataloniens vom spanischen Staat ist dann ein Riesenschritt nach vorne, wenn sie auf der Ablehnung jeglicher neoliberaler Kürzungen gründet, die Verarmung breiter Schichten als Folge des kapitalistischen Chaos begreift und die nötigen Konsequenzen zieht: Aussetzung jeglicher Verträge und EU-Richtlinien, die zu Kürzung und Privatisierung zwingen; Vergesellschaftung der relevanten Industrie und Banken; als erster Schritt Beschlagnahme der Vermögen von Konzernchefs und Superreichen, die Steuerbetrug begangen haben; öffentliche Investitions- und Jobprogramme in Gesundheit, Bildung, Infrastruktur, Verkehr und Energiewende unter voller demokratischer Kontrolle von Beschäftigten und Konsument*innen; Stopp jeglicher Delogierungen und staatliche Kontrolle des Miet- und Immobiliensektors; Einführung der 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn und Personalausgleich, um Arbeitslosigkeit wirksam zu senken; Durchsetzung des

Außenhandelsmonopols in der Hand einer solchen Arbeiter*innen-Regierung, die auf dem Prinzip der jederzeitigen Wähl- und Abwählbarkeit fußt; ein Ende jeglicher neokolonialer und imperialistischer Kriegspolitik, welche hauptverantwortlich für die erzwungene Flucht Hunderttausender ist.

Ein solcher Staat der Arbeiter*innen könnte nicht nur isoliert in einem Land Massenunterstützung haben, sondern Ausgangspunkt einer Union von nicht-kapitalistischen und im Kern bereits sozialistischen Ländern werden. Ein solcher freiwilliger Zusammenschluss kann nur dauerhaft bestehen und sich ausweiten, wenn sich die Überlegenheit einer demokratisch geplanten Wirtschaft gegenüber dem krisenhaften Kapitalismus in der Praxis zeigen kann. Dies ist nur international möglich. In einem solchen Prozess würde die extreme Rechte an Boden verlieren. Arbeitnehmer*innen würden überall ermutigt, solidarisch ihre Fähigkeiten einzubringen, um das etablierte bürgerliche System von Korruption und Konzerninteressen zu ersetzen. Selbstverständlich fände dies alles nicht im Rahmen der üblichen

Wahlen oder Kongresse statt, sondern durch den Aufbau und das Handeln von Komitees in Betrieben, in Wohnvierteln, an Unis und Schulen, in Gewerkschaften, Vereinen u.v.m..

Angriffe durch den bürgerlichen Staatsapparat wären unvermeidbar. Doch angesichts der potentiellen Übermacht der Arbeiter*innen, v.a. wenn sie ihre besten Mittel – Streik und Generalstreik – bewusst einsetzen, dürfte dies eine bewältigbare Hürde sein. Einmal in Fahrt, würde eine gewaltige Überzeugungskraft nicht nur in den verschiedenen Schichten der Beschäftigten und Jugend, sondern auch auf Teile der Mittelklassen wirken. Wie genau sich eine solche Entwicklung ausdrücken wird, kann nicht genau vorhergesagt werden. Doch diese Ideen werden in Form von Bewegungen und vielfältigen Aktivitäten Gestalt annehmen, sobald die nächste schwere Krise über unsere Welt hereinbrechen wird. Die kapitalistischen Eliten werden keinen sinnvollen Ausweg anbieten können – sozialistische Internationalist*innen aber schon!

Wir brauchen mehr als eine „europäische Einigung“!

xit-Abstimmung hat auch gezeigt, dass es eine breite Ablehnung von Nationalismus und der extremen Rechten gibt. Viele nutzen das Votum auch, um die berechtigte Wut über die Kürzungen gegen die konservative Regierung zu entladen.

Das CWI in England & Wales hält dies für richtig und fordert einen „sozialistischen Brexit“. Betont wird, dass es keine Lösung in Form eines „europäischen Kapitalismus“ geben kann.

Der extremen Rechten kann und muss das Monopol auf „EU-Opposition“ abgeknöpft werden. Für uns heißt dies auch, sich der „Logik des klei-

Wir und unsere Schwes-terorganisationen in anderen Ländern werden uns auf die eine oder andere Weise im EU-Wahlkampf einbringen. Allen gleich ist, sich den Herrschenden entgegensetzen und die sozialistische Alternative in den vielfältigen Bewegungen einzubringen. Dies sind Proteste gegen die extreme Rechte, soziale Massenbewegungen wie in Frankreich („Gelbwesten“), bestehende Kämpfe um Gesundheits- und Wohnungsfragen wie in Deutschland sowie die Politisierung unzähliger Menschen um Klimawandel, Frauenunterdrückung, LGBTQI+-Rechte und Selbstbestimmung.

Schulen und Streikrecht? It's A Trap!

Aktuell sind Schulstreiks anlässlich der „Fridays for Future“-Bewegung in aller Munde. Immer mehr (Bildungs-)Direktionen drohen Schüler*innen und ihren Eltern Strafen an – von einer schlechteren Benotungsnote bis zu Schulverweisen und Geldstrafen. Da liegt die Forderung nach einem Streikrecht für Schüler*innen nahe. So forderte Ende März Julia Herr (Vorsitzende der SPÖ-Jugendorganisation SJ und SPÖ-Kandidatin für die EU-Wahlen) ein solches, allerdings auf zwei Tage Sonderfreistellung pro Jahr für Jugendliche ab 16 Jahren begrenzt. Das zeigt die Tücken eines „Streikrechts“.

Streiks sind ein politisches Grundrecht, doch laut Gesetz sind sie weder legal noch illegal. Durch Herrs Vorschlag dürfte man gerade mal zwei Tage legal fehlen – alles darüber hinaus wäre illegal. Eine Bewegung wie „Fridays for Future“ hätte da erst recht mit Repression zu kämpfen. Außerdem maßt sich ein solcher Vorschlag an, zu entscheiden, ab wann Schüler*innen „reif“ genug sind, um selbstständig für ihre Zukunft einzutreten. Herrs „Sonderfreistellung“ ist letztlich das Gegenteil eines Streiks – Streik bedeutet Selbstermächtigung von unten, nicht Freistellung von oben.

Solche formalisierten Streikrechte bedeuten einen genau von oben vorgeschriebenen Prozess, wie ein Streik zu beschließen und abzuhalten ist. Das Ziel ist, Streiks bereits im Keim abzutöten. Auch Quoten wie z.B. „50% müssen den Streik unterstützen“ werden bereits verwendet, um Streiks im Vorfeld zu verhindern. Gerade Schüler*innenproteste können sich sehr schnell entwickeln. An vielen Schulen, die sich fast geschlossen am Klimastreik am 15.3. beteiligten, hätte eine solche Abstimmung allein schon zu lange gedauert. Außerdem können solche Vorgaben auch gegen Schüler*innen verwendet werden, an deren Schulen nur 49% – oder auch nur 10% – den Streik unterstützen, die aber trotzdem streiken wollen.

Anstatt Proteste der Schüler*innen in rechtlich-kontrollierte Bahnen zu lenken und ihnen die Dynamik zu nehmen, müssen wir uns mit den Betroffenen solidarisieren und gemeinsam gegen die Repression kämpfen. Über Soli-Kampagnen können wir Druck auf die Direktor*innen, Bildungsdirektionen und -ministerien aufbauen und damit Maßnahmen gegen Streikende stoppen.

Moritz Bauer

„Warum und wie ich der SLP beigetreten bin.“

„Schwarz-Blau führt den 12-Stunden-Tag ein“ / „Die Pension mit 65 wackelt“ / „Regierung für Abschaffung der Notstandshilfe“ Lange Zeit dachte ich mir beim Lesen ähnlicher Schlagzeilen: „So ist halt der Kapitalismus, was soll ich schon gegen die da oben machen?“ Die Schikanierung der Arbeiter*innen schien mir genauso unvermeidbar wie der nächste Gang zum Zahnarzt. Aber auch

damals wusste ich: Es gibt da draußen genug Leute, die sich das nicht einfach so gefallen lassen. Doch was sind unsere paar Stimmen schon wert? Die Jahre vergingen und der Kapitalismus zeigte mit jedem Tag eine noch hässlichere Fratze. Und so brachte die zweite Auflage der Schwarz-Blau-Regierung schließlich das Fass zum Überlaufen: Ich konnte und wollte deren Terror nicht länger dul-

den. Doch wo fang ich an? Mir wurde klar: Meine Stimme würde nur mit Gleichgesinnten ein schweres Gewicht haben. Schließlich stieß ich vor knapp 6 Monaten auf die SLP im Internet und wurde gleich zu einer Veranstaltung eingeladen, auf der wir unsere Ideen austauschten. Schon nach einigen Treffen wusste ich: Meine Stimme hat hier ein neues Zuhause gefunden.

Phillip Kollien



Die Uni als Trainingsfeld

Von 27. bis 29. Mai finden wieder ÖH-Wahlen an den Universitäten statt. Die jah-

linkere Studierendenvertretungen richten sich mehr nach innen statt eine aktive

*Jungpolitiker*innen üben bei der ÖH, um später in Posten von ihrer Partei versorgt zu werden.*

relang niedrige Wahlbeteiligung lässt dieses Mal auch nicht auf mehr Interesse hoffen. Das zeigt, dass die Aktivitäten der ÖH an den Lebensrealitäten der meisten Studierenden vorbeigehen. Themen wie Mieten, Geld, Job werden kaum aktiv aufgegriffen. Den Verschlechterungen im Universitätsalltag wird wenig entgegengehalten. Auch

Mobilisierung der Studierenden anzupeilen.

Aktuell ist die ÖH statt eines tatsächlichen Kampffeldes für bessere Bedingungen der Studierenden eher ein Trainingsfeld für Jungpolitiker*innen. Claudia Gamon war 2011-15 bei JuLis, den heutigen JUNOS (Studierendenorganisation der NEOS). Direkt danach kam sie für die NEOS

in den Nationalrat und aktuell kandidiert sie bei den EU-Wahlen. Auch trainiert für die Karriere haben hier Philipp Schrangl (FPÖ), Johann Herzog (FPÖ), Jürgen Czernohorsky (SPÖ), Andrea Brunner (SPÖ), Andreas Jilly (AG)...

Wahlkämpfer*innen dieser Art lassen nicht auf tatsächliche Maßnahmen der ÖH hoffen, die die Realität der Studierenden verbessern. Radikale Listen zu wählen ist gut, reicht aber nicht. Es gilt, selbst aktiv zu werden und eine Bewegung gegen den Abwärtsstrudel aus schlechten Bedingungen und Kürzungspolitik aufzubauen.

Monika Jank

Blitzkneisser des Monats



Markus Söder: Der konservative bayrische Ministerpräsident meinte zur Mieter*innenbewegung „Deutsche Wohnen & Co enteignen!“, dass Enteignungen „sozialistische Ideen“ sind – wer das Eigentum nicht respektiere, „ändert unsere Gesellschaft von Grund auf“. Gute Analyse, Herr Söder!



Algerien: Massenbewegung stürzt Bouteflika

Bouteflika, der verhasste Präsident Algeriens, ist nach wochenlangen Massenprotesten zurückgetreten. Das Regime in Algerien klammert sich aber verzweifelt weiter an die Macht. Die Wucht der revolutionären Bewegung in Algerien erinnert an die ersten Wochen des revolutionären Kampfes in Ägypten.

mitees müssen sich überall herausbilden. Sie müssen Forderungen diskutieren – wie verbesserte Arbeitsbedingungen, Gleichheit für alle etc. Vertreter*innen sollten in Koordinierungskomitees gewählt werden, auf allen Ebenen, bis hin zu einer bundesweiten Koordinierung. Die Clique an der Macht und die unter-

riens garantieren. Die Frage einer verfassungsgebenden Versammlung und der nächsten Wahlen wird oft aufgeworfen. Doch diese Schritte können ein Weg für die Herrschenden sein, die revolutionären Massen zu umgehen, wenn diese sie nicht zu ihrem Instrument machen. Doch dafür brauchen sie eine Partei,

die Diskriminierung auf Basis von Geschlecht, Familienzugehörigkeit, Nationalität, Glauben oder sexueller Orientierung – das reaktionäre Familienrecht muss weg. Es muss Unterstützung für Mitglieder der Staatskräfte geben, wenn diese sich auf die Seite der Bevölkerung schlagen. Wir fordern einen unbefristeten Generalstreik und den Aufbau von Kampfkomitees in jedem Betrieb und jeder Nachbarschaft, sowie deren Zusammenschluss und Koordinierung auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene. Wir sind für eine revolutionäre verfassungsgebende Versammlung und eine Regierung der gewählten Vertreter*innen der Arbeiter*innen und Armen, mit jederzeitiger Wahl- und Abwählbarkeit, die nicht mehr als einen Durchschnittslohn erhalten. Wir fordern eine sofortige Erhöhung der Löhne, Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn und Aufteilung der Arbeit auf alle. Wir fordern die Offenlegung der Bücher sowie den Stopp aller Privatisierungen und Wiederverstaatlichung von bereits privatisierten Unternehmen unter Kontrolle der Komitees. Die wichtigen Sek-

toren der Wirtschaft müssen in öffentliches Eigentum übernommen werden, damit ein Plan für deren Entwicklung unter demokratischer Kontrolle der gewählten Repräsentant*innen der Arbeiter*innen aufgestellt werden kann.

Die begonnene Revolution öffnet riesige Möglichkeiten. Die Massenbewegung in Algerien kann den Beginn einer neuen Runde des Kampfes in Nordafrika markieren – sie muss jedoch die Lektionen aus 2011/12 lernen. In Tunesien gab es einen Generalstreik im öffentlichen Dienst und Demonstrationen, die den Fall des Regimes fordern. Es gab eine Bewegung in Marokko, Sudan steht am Beginn von revolutionären Erhebungen, auch hier haben die Aktivist*innen Lehren aus der arabischen Revolution gezogen. Ein demokratisches sozialistisches Algerien könnte den Weg für eine erfolgreiche revolutionäre Welle in Nordafrika ebnen. Der Kapitalismus muss international gestürzt und durch eine sozialistische Gesellschaft ersetzt werden.

Serge Jordan, CWI
und **Amar Benhamouche,**
Gauche Revolutionnaire

Die revolutionäre Welle breitet sich aus – kommt der Arabische Frühling 2.0?

ten und Tunesien 2011. Die Massen in Algerien haben aus 2011 gelernt und sind sich bewusst, dass ein Sturz des Regimes alleine die Probleme nicht lösen wird. Die Idee, dass das ganze System weg muss („systeme degage“), ist überall. Die kleine Autonome Gewerkschaftsföderation (CSA) hatte für den 10. April zu einem Generalstreik gegen die Übergangsregierung von Bedoui aufgerufen. Die Basisgewerkschaften der Hauptföderation, der UGTA, haben begonnen, die Bewegung zu unterstützen. Sie rufen zu Aktionen gegen die Unternehmen und die „kleinen Bouteflikas“ auf – und zum Sturz des Regimes.

Algerien erlebt gerade den Beginn einer Selbstorganisation. Kampfko-

schiedlichen Klans im Herzen der Armee oder der FLN haben Algeriens Reichtum mit den Multinationalen und Imperialist*innen geteilt. Es wird keine Demokratie in Algerien geben, so lange sich diese kapitalistischen Räuber*innen an der Macht halten. Der alten Elite und dem Militär darf nicht vertraut werden – es darf keine Teilnahme von Vertreter*innen der Arbeiter*innenschaft an einer Regierung auf Basis des Kapitalismus geben. Die Kampfkomitees können als Orte fungieren, in denen ein neues Algerien diskutiert werden kann. Nur eine Regierung der Arbeiter*innen und Jugendlichen aus der revolutionären Bewegung kann den Wunsch eines demokratischen freien Alge-

die wirklich für die Interessen der Arbeiter*innen, Pensionist*innen, Arbeitslosen, kleinen Bäuer*innen und Jugendlichen aller Kulturen steht.

Das CWI fordert volle Unterstützung für die algerische Revolution. Raus mit Bouteflikas Schergen! Wir sind für volle demokratische Rechte, für das Recht, sich in Gewerkschaften zu organisieren und das Recht zu streiken, für das Recht auf freie Presse und Medien, Versammlungsfreiheit, Freiheit sich in Parteien zu organisieren, die nicht die Rechte anderer beschränken. Wir sind für das Recht auf Selbstbestimmung der Amazigh (Berber), sowie aller unterdrückten Minderheiten. Wir sind gegen

Massenproteste erschüttern Südosteuropa

Auf den Zusammenbruch des Stalinismus folgte in großen Teilen Osteuropas eine Periode mit eher wenigen Klassenkämpfen. Die Restauration des Kapitalismus brachte eine massive Umverteilung von unten nach oben. Doch nach den negativen Erfahrungen mit dem Stalinismus akzeptierten viele Arbeiter*innen die Propaganda, dass es keine Alternative gäbe.

In den letzten Jahren sehen wir aber immer mehr Proteste und Klassenkämpfe, vor allem am Balkan. Millionen von Arbeiter*innen haben erkannt, dass der Kapitalismus ihnen keine Verbesserungen gebracht hat. Soziale Netze werden zerschlagen und öffentliches Eigentum an die Reichen verschertelt, während Löhne und Lebensstandards immer weiter sinken. Auch seine demokratischen Versprechen hat der Kapitalismus gebrochen. Seine Rückkehr war begleitet von massiver Korruption mafioser Cliquen. Folgerichtig kämpften die jüngsten Massenbewegungen etwa gegen die allgegenwärtige Korruption in der Slowakei und für Pressefreiheit und demokratische Rechte in Serbien.

Doch da die Korruption und das autoritäre Vorgehen der Herrschenden untrennbar mit ihrer Rolle im

Kapitalismus verbunden sind, werden Bewegungen, die sich nur auf die Forderung nach demokratischen Rechten beschränken, keine wirklichen Verbesserungen erkämpfen können. Auch die EU, welche von vielen Politiker*innen als Heilsbringerin gepriesen wird, bietet keinen Ausweg. Im Gegenteil: Sie vertritt die Interessen des westlichen Großkapitals, dessen aggressive Expansion hauptverantwortlich für die soziale Misere in Osteuropa und am Balkan ist. Sie erzwingt Privatisierungen und die Unterwerfung unter ihr Kürzungs-diktat als Preis für die Mitgliedschaft.

Es wird immer offensichtlicher, dass der einzige Ausweg im Klassenkampf liegt. Im letzten Jahr sahen wir kämpferische Streiks bei der Post in Belgrad und im öffentlichen Sektor in Kosovo/a. Ende 2018 legten in Bukarest Arbeiter*innen beinahe die gesamte Metro lahm. All das sind positive Entwicklungen. Nun ist es notwendig, die verschiedenen Bewegungen zu vernetzen und gemeinsam für bessere Lebensstandards und demokratische Rechte zu kämpfen. Nur so kann der kapitalistische Alptraum beendet werden und ein wirklicher, demokratischer Sozialismus erkämpft werden.

Brettros



Brexit: Alle schuldig, alle raus!

Wenn der Brexit eines zeigt, dann die zunehmende Unfähigkeit der Politiker*innen, mit den Zerfallserscheinungen eines nur auf den Profit ausgerichteten Systems

Politiker*innen „kompetentes Handeln“ in der Brexit-Frage zu. Nur 26% der Bevölkerung glauben, dass Großkonzerne im öffentlichen Interesse handeln.

sehen sich als „sehr starke“ Unterstützer*innen einer bestimmten politischen Partei.

Letzteres ist auch eine Warnung an den linken Labour-Parteichef Jeremy Corbyn. Er konnte bei den letzten Parlamentswahlen mit einem gegen Sparpolitik und für die Verstaatlichung öffentlicher Dienstleistungen argumentierenden Programm große Begeisterung auslösen. Wenn Labour diese Versprechen nicht einlöst, kann diese Begeisterung auch wieder verschwinden.

Die Arbeiter*innen-Bewegung muss der Situation schnell ihren Stempel aufrücken. Dafür braucht es Massenaktionen und sozialistische Forderungen. Zustimmung dafür gibt es.

Christian Bunke

72% der britischen Bevölkerung meinen, dass das politische System sehr starke Veränderung braucht.

umzugehen. Der Forschungsdienst des britischen Parlaments Hansard hat in einer neuen Umfrage herausgefunden, dass 63% der Bevölkerung sagen, dass das britische Staatswesen „zum Vorteil der Reichen und Mächtigen aufgebaut ist“. Nur 25% trauen den

Noch nie war die Unzufriedenheit mit dem System so hoch. Sie stieg aber schon seit Jahren an. Ein Opfer dieser Unzufriedenheit sind die regierenden Konservativen. Laut der Tageszeitung „Daily Telegraph“ können sich nur 16% der unter 35-jährigen vorstellen, die Tories zu wählen. Nur 34%

Nachrichten aus dem Komitee für eine ArbeiterInnenInternationale (CWI)

Hong Kong & Demokratie

Die chinesische „Kommunistische“ Partei (CCP) versucht verstärkt, ihre Diktatur in Hong Kong auszubauen. Nun demonstrierten jedoch 12.000 gegen ein neues Gesetz, dass Kidnappings durch die Diktatur legalisiert. Socialist Action (CWI Hong Kong) nahm an diesen Demonstrationen teil, verkaufte 137 Zeitungen und überfüllte das Finanzziel für April. Socialist Action fordert, dass die Bewe-

gung für Demokratie als kämpferische demokratische Massenbewegung aufgebaut wird. Dazu braucht es auch eine neue Arbeiter*innenpartei mit sozialistischem Programm – im Gegensatz zum stufenweisen „Reformweg“ der liberalbürgerlichen Führung der Demokratiebewegung. Nur so kann die Partei-Diktatur der CCP-Milliardär*innen gebrochen werden.

Socialism.hk

Schottland: Streik

Der erfolgreiche Streik der mobilen Pfleger*innen in Schottland ist ein Beispiel dafür, wie Basisorganisationen in den Gewerkschaften dem Kampf Energie und Richtung geben kann. Der Streik richtete sich gegen den durch die SNP geführten Stadtrat in Dundee und dessen Versuche, Verträge und Schichten zu verschlechtern. Eine der zentralen Forderungen ist die einer Übernahme der mobilen Pflege in

die öffentliche Hand unter demokratischer Kontrolle. Mitglieder der Socialist Party Scotland (CWI Schottland) und Basisaktivist*innen der Gewerkschaften Unison, GMB und Unite kampagnisieren seit zwei Jahren gegen diese Angriffe. Dabei erklären sie, dass vor allem die Profitorientiertheit des Kapitalismus hinter den Verschlechterungen im privaten Sektor steht.

socialistpartyscotland.org.uk/

Polen

In Polen streiken die Lehrer*innen – sie kämpfen für ihre Löhne und Arbeitsbedingungen gegen die rechtskonservative Regierung. Dieser Streik ist einer der größten Arbeitskämpfe in Polen seit Jahrzehnten – Alternatywa Socjalistyczna (CWI Polen) nimmt an diesen Kämpfen teil und schlägt einen Generalstreik des öffentlichen Dienstes als Schritt zu einer sozialistischen Alternative vor.

sojalizmxxi.nazwa.pl



Natürliche Feinde?

Bei den Auseinandersetzungen um die Kraftwerke in Zwentendorf und Hainburg, die 3. Piste am Flughafen Schwechat oder das Murkraftwerk wurde die Gewerkschaft ihrem Image als „Betonierer“ gerecht und unterstützte die Projekte. Das Argument waren Jobs.

in der Wirtschaft. Die Gewerkschaftsführung folgt weiterhin den kapitalistischen Notwendigkeiten. Das „Jobs gegen Umwelt“-Dilemma ist also nicht aufgehoben, sondern nur verschoben.

Jetzt setzt man stärker auf „Green Jobs“. Durch Umweltschutz sollen neue Be-

Gewerkschafter*innen und vergessen, dass auch ein moderner Kapitalismus auf schädlicher Konkurrenz, Planlosigkeit und Profitstreben und damit der Ausbeutung von Mensch und Natur basiert.

Umweltschützer*innen kritisieren häufig die „Wachstumslogik“. Gewerkschaften haben das Ziel, die Lebensumstände der Beschäftigten zu verbessern. Dazu gehören v.a. ein höheres Einkommen und Jobs. Beides kann auf zwei Wegen erreicht werden: Die Wirtschaft wächst insgesamt und damit auch das Stück, dass die Beschäftigten bekommen, auch wenn die Verteilung gleich bleibt. Oder durch Umverteilung von oben nach unten. Letztere wird zwar gefordert, man akzeptiert deren Scheitern aber aufgrund „wirtschaftlicher Notwendigkeiten“. Bleibt also nur das Wirtschaftswachstum...

Um es ganz klar zu stellen: Als Sozialist*innen sind wir für eine Erhöhung des Lebensstandards der großen Mehrheit der Menschen auf diesem Planeten. JedeR hat das Recht auf Arbeit, ordentlichen Wohnraum, ausreichend Nahrung und Kleidung sowie Kultur, Freizeit etc.. Eine solche gerechte Welt scheitert im Kapitalismus aber nicht nur an der ökologi-

schen Unverträglichkeit, sondern v.a. an Ausbeutung und Konkurrenz. Die Antwort auf die Klimakrise ist nicht die Selbstbeschränkung jener Menschen, die ohnehin nicht viel haben, sondern die Beschränkung der Möglichkeiten, Mensch und Natur hemmungslos auszubeuten. Weil sich Unternehmen das aber nicht durch Gesetze nehmen lassen, sondern dann einfach in andere Teile der Welt auswandern, wo es keine solchen Regelungen gibt, kommt Klimaschutz nicht ohne Enteignung aus. Nur wenn die Energiekonzerne in öffentlicher Hand sind und von den Menschen selbst kontrolliert werden, ist eine vollständige Umstellung auf erneuerbare Energien möglich. Nur wenn die Konzerne enteignet werden, können wir sicherstellen, dass sinnvolle, nachhaltige und langlebige Produkte erzeugt werden. Es geht um unsere Zukunft! Wir, das sind all jene, die nicht reich und mächtig sind, die keine Firmen, keinen Immobilienbesitz, keine großen Aktienpakete haben und die täglich zur Arbeit gehen müssen, um sich das Leben leisten zu können (und auch Jugendliche, deren Zukunft so aussieht). Nur wenn wir, also die Arbeiter*innenklasse, in Staat und Wirtschaft das

Sagen haben, ist ein hoher Lebensstandard für Alle und Klimaschutz möglich.

All das gehört eigentlich zu den Kernaufgaben der Gewerkschaft. Wir brauchen für ein gutes Leben nicht nur Job und Einkommen. Wir brauchen einen guten Job, der uns nicht vergiftet oder kaputt macht und ohne stundenlanges Pendeln. Wir brauchen leistbaren Wohnraum und Arbeitszeitverkürzung, damit wir Freizeit und Reisen auch genießen können (dh wir nehmen mehr den Zug statt dem Flugzeug). Wir brauchen nicht weniger Wirtschaft oder Wachstum, sondern grundsätzlich Anderes (mehr im Sozialbereich, weniger Wegwerfprodukte z.B.). Das geht aber nur, wenn nicht einige wenige, sondern die Menschen selbst, die Arbeiter*innenbewegung – also auch die Gewerkschaften – die Wirtschaft und Gesellschaft besitzen, verwalten und kontrollieren.

Den Widerspruch zwischen Jobs und Klima können Gewerkschaften also nur dann wirklich aufheben, wenn sie ihre Unterstützung des Kapitalismus fallen lassen und beginnen, gemeinsam mit einer echten Arbeiter*innenpartei, die Interessen der Mitglieder mit allen Konsequenzen zu verteidigen.

Sonja Grusch

Kapitalismus und Umwelt sind natürliche Feinde, Gewerkschaften und Umwelt sind es nicht.

Doch es gibt auch differenziertere Stimmen. Schon 1973 kam es zur Gründung des Umweltpolitischen Referats in der Arbeiterkammer und 1975 schaffte es Umweltschutz ins ÖGB-Programm. Seit den 1990ern gibt es eine verstärkte Zusammenarbeit mit NGOs, die auch zu gemeinsamen Stellungnahmen mit Klimaschutzforderungen führen, z.B. „Just Transition – Klimaschutz demokratisch gestalten“. Vor kurzem erklärte sich die „Daseinsgewerkschaft“ Yunion solidarisch mit dem Klimastreik der Schüler*innen.

Gesellschaftliche Veränderungen spiegeln sich auch in den Gewerkschaften wider. Tatsächlich hat aber KEINE grundlegende Veränderung stattgefunden, sondern eine Anpassung an die Veränderungen auch

reiche in der Wirtschaft neue Jobs bringen. Es ist nichts falsch daran, sich dafür einzusetzen, dass man den Wald nicht abholzt sondern pflegt oder, dass Jobs durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs von der Straße auf die Schiene verlagert werden. Aber es reicht nicht! Die Gewerkschaft folgt ihrer Logik durch staatliche Lenkung und fette Förderungen, die Wirtschaft in die „richtige Richtung“ zu stupsen. Tatsächlich stimmt selbst aus kapitalistischer Sicht die Behauptung nicht, Umweltschutz würde Jobs vernichten. Vielmehr führen Umweltschutzaufgaben – wie auch Arbeitszeitverkürzung – häufig zu Technologieschüben. Die Modernisierung bringt sogar Wettbewerbsvorteile. Auf diese Argumente setzen „modernere“

Fünf Gründe, warum...

1 Der Staat kürzt im Auftrag der Reichen bei Sozialem, Bildung und Gesundheit. Sein Sozialabbau legt erst die Basis für rassistische Sündenbockideologien. Er schafft also die Probleme selbst, die er vorgibt, zu bekämpfen.

Antirassismus genauso falsch sein wie alles, was sie sonst machen“.

3 Der Staat hat selbst Rechte-extreme in den höchsten politischen Kreisen, ganz zu schweigen von der kaum zu

weil sie nicht politisch, sondern formal angegangen werden, können die Rechten die rechtlichen Fallstricke leicht umgehen. Letztendlich werden sie überall dort auftauchen, wo der Kapitalismus ausreichend Barbarei gesät hat – und der Staat basiert nunmal darauf, den Kapitalismus zu erhalten.

5 Der NSU-Skandal und die BVT-Affäre haben gezeigt: Der Staat wird die Verfolgung rechtsextremer Führten immer dann abbrechen, wenn seine eigene Stabilität und die Interessen der regierenden Parteien dadurch gefährdet wird. Im Interesse der Selbsterhaltung staatlicher Apparate werden deren Verwicklungen in rechtsextreme Umtriebe vertuscht.

... der staatliche „Antifaschismus“ nicht funktioniert

2 Derselbe Staat, der verantwortlich für die soziale Misere ist, beansprucht an Feiertagen dann moralische Überlegenheit. Ein solcher Antirassismus von oben geht nach hinten los. Eine fatale Logik wird losgetreten: „Wenn die da oben antirassistisch sind, dann muss

greifenden Schattenpräsenz rechtsextremer und faschistischer Strukturen in Heer und Polizei. Jemandem, der Nazis anstellt, glaubt man seinen Antifaschismus nicht.

4 Verbote können rechtsextreme und faschistische Strukturen höchstens kurzzeitig bremsen. Und

Vor 80 Jahren...



1938 wurde von Hitler in der Vorbereitungsphase des Krieges das Mutterkreuz eingeführt. Ziel war, arische Frauen zum Kinder-Gebären zu animieren. In Frankreich wurde ab 1920 die „Médaille de la Famille“ verliehen, um nach dem 1. Weltkrieg für Bevölkerungsnachschub zu sorgen. Auch in der stalinistischen UdSSR gab es ab 1944 den Orden für „Mutterruhm“. Das zeigt die lange Tradition, dem Regime genehme Frauen in die Mutterrolle zu drängen, welche besonders in Kriegszeiten notwendig war. Aktuelle Bestrebungen von rechts (FPÖ, Orban, Salvini) zur Erhöhung der Geburtenrate „eigener“ Frauen, schlagen in eine ähnliche ideologische Kerbe.

Sarah Lammer

Sozialistische LinksPartei Wofür wir stehen

- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Brutto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte.
- Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschaftlerInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.
- Hunger, Krieg, Umweltzerstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.



Klima retten: Demokratisch & antikapitalistisch!

Bewegungen wie F4F (Fridays for Future) haben weltweit erfolgreich auf die drohende Klimakatastrophe aufmerksam gemacht. Doch um diese zu stoppen, brauchen wir ein konkretes Programm, für das wir kämpfen können.

Die Klimabewegung braucht demokratische Strukturen und ein antikapitalistisches Programm.

Trotzdem stoßen die Organisationen, die einen solchen Systemwechsel fordern, auf Widerstand der F4F-Führung. Wenn diese sich einredet, dass

Der Demospruch "System change, not climate change" ist inzwischen allgemeiner Konsens.

Kampf um eine bessere Welt ist ein politischer. Um Programm, Forderungen und eine Strategie zu entwickeln, müssen alle Aktivist*innen

eingebunden werden. Wir müssen demokratisch über die politischen Inhalte entscheiden können. Die SLP und ihre internationalen Schwesterorganisationen sind aktiver Teil der Bewegungen. Wir meinen: Nur eine demokratisch geplante Wirtschaft – also eine sozialistische Gesellschaft – kann die Welt vor der Zerstörung retten. Werde mit uns gemeinsam in der Klimabewegung aktiv!

Peter Hauer



Gibt es nicht aus Profitstreben. Gibt es aus Überzeugung.

Jetzt abonnieren!

Normal-Ab: € 24,-
Sozial-Ab: € 14,-
(für Menschen ohne eigenes Einkommen)
All-inclusive-Ab: ab € 7,-/Monat
Zeitung und alle weiteren Publikationen der SLP

Abz-Zahlungen & Spenden:
IBAN: AT 2560000000000000000000
BIC: OPSKATWW



> Berichte
> Hintergründe
> Analysen
aus sozialistischer Sicht.

www.slp.at | slp@slp.at | [/slp.cwi](https://www.facebook.com/slp.cwi)

Termin

Das „Netzwerk Kämpferische Gewerkschaft!“, das von der SLP unterstützt wird, lädt ein zu seiner ersten Veranstaltung mit verschiedenen Betriebsrät*innen:

„Warum ist der ÖGB so, wie er ist?“

Di., 21.05.2019

um 18³⁰ Uhr

„Amerlinghaus“,
1070, Stiftg. 7

Treffpunkte

GRAZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Montag, 19⁰⁰ Uhr
im 'Café Stockwerk'
Jakominiplatz 18

LINZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Dienstag, 18⁰⁰ Uhr
im 'Alte Welt'
Hauptplatz 4

SALZBURG-STADT

SLP-Ortsgruppe
jeweils Freitag, 19⁰⁰ Uhr
im 'Shakespeare'
Hubert-Sattler-Gasse 3
(Nähe Mirabellplatz)

VÖCKLABRUCK

SLP-Ortsgruppe
jeweils Mittwoch, 18⁰⁰ Uhr
im 'Café Mayr'
Bahnhofstraße 1

WIEN

SLP Wien West
jeweils Montag, 18⁰⁰ Uhr
in der
'Zypresse'
7; Westbahnstraße 35a
(Nähe Urban Loritz-Platz)

SLP Brigittenau 1
jeweils Dienstag, 18³⁰ Uhr
im SLP-Büro
20; Pappenheimgasse 2/1
(Bei "Büro" läuten)

SLP Brigittenau 2
jeweils Donnerstag, 18³⁰ Uhr
im SLP-Büro
20; Pappenheimgasse 2/1
(Bei "Büro" läuten)